

**bb) Arbeitnehmer.** Nachgeordnete Mitarbeiter haben ebenfalls für Vorsatzdelikte und unmittelbar von ihnen verursachte Rechtsgutsverletzungen persönlich einzustehen.<sup>441</sup> Im Übrigen aber scheidet eine Haftung mangels Verletzung eigener Verkehrspflichten regelmäßig aus. Dies gilt insbesondere dann, wenn sich das Verhalten des Arbeitnehmers darauf beschränkt, Weisungen der Unternehmensleitung auszuführen.<sup>442</sup> **163**

**d) Staatshaftung.** Für Pflichtverletzungen der öffentlichen Gewalt bei **hoheitlicher Tätigkeit** haftet der Staat **164** oder die sonstige Körperschaft nicht nach §§ 30, 31, 89, sondern nach § 839.

## VI. Anspruchsinhalt und -umfang

**1. Allgemeines; Schutzzweck der Norm.** Inhalt und Umfang des Schadensersatzanspruchs aus unerlaubter Handlung bestimmen sich nach den allgemeinen Regeln der §§ 249 ff. (Ersatz immaterieller Schäden nach § 253 Abs. 2).<sup>443</sup> Diese werden bei Personenschäden durch die §§ 842–846, bei Sachschäden durch die §§ 848–851 ergänzt.<sup>444</sup> Es gilt der Grundsatz der **Totalreparation** („Alles-oder-Nichts-Prinzip“), für die Höhe des Schadensersatzes ist es gleichgültig, ob die Haftung des Täters auf einem vorsätzlichen oder fahrlässigen Handeln beruht oder ob nur ein Gefährdungshaftungstatbestand verwirklicht ist. Anderes gilt bei einigen Sondergesetzen, etwa § 139 Abs. 2 S. 2 PatG, § 15 Abs. 2 S. 2 GebrMG, wonach die Höhe der Entschädigung bei nur leichter Fahrlässigkeit geringer sein kann, sowie beim Schmerzensgeld. Vorschläge zur Einführung einer allgemeinen Reduktionsklausel haben sich nicht durchgesetzt. Nach vereinzelt vertretener Ansicht soll das Prinzip der Totalreparation aber jedenfalls dann verfassungswidrig sein, wenn es zur Existenzvernichtung eines nach § 828 Abs. 3 verantwortlichen Minderjährigen führt, obwohl eine Entschädigung von dritter Seite gewährleistet ist<sup>445</sup> (vgl. § 828 Rn 12 f.). **165**

Zu ersetzen ist grundsätzlich der gesamte aus der unerlaubten Handlung entstandene Schaden. Der Schädiger schuldet nicht nur Ersatz für den Verletzungsschaden, sondern auch für die hieraus resultierenden **Folgeschäden**. Dabei wird im Allgemeinen zunächst nur gefordert, dass sich der Schaden als adäquate Folge der unerlaubten Handlung darstellt.<sup>446</sup> Allgemein anerkannt ist jedoch, dass sich ähnlich wie im Fall des Abs. 2 auch bei Abs. 1 eine weitere Einschränkung der Ersatzpflicht für die aufgrund der Rechts(guts)verletzung entstehenden Schäden unter dem Gesichtspunkt des **Schutzzwecks der Norm** (auch sog. Rechtswidrigkeitszusammenhang) ergeben kann.<sup>447</sup> Der durch die unerlaubte Handlung herbeigeführte Schaden ist danach nur insoweit zu ersetzen, als es sich um Nachteile handelt, gegen welche die haftungsbegründende Norm Schutz gewähren soll. **166**

**2. Einzelfragen. a) Körper-, Gesundheitsverletzung.** Auch unter Berücksichtigung der Adäquanz und des Schutzzwecks bleibt die Schadenszurechnung weit. So wird sie regelmäßig nicht dadurch ausgeschlossen, dass außer der unerlaubten Handlung noch andere Umstände bei der Schadensentstehung mitgewirkt haben. Erfasst werden grundsätzlich auch Schäden, die auf einer **schwachen Konstitution** oder einer **psychischen Reaktion** des Geschädigten beruhen. Anderes gilt nur etwa bei Renten- oder Begehrnsneurosen und Bagatellverletzungen.<sup>448</sup> **167**

Zu den einem Verletzten zu ersetzenden Heilungskosten wird auch der Aufwand nächster Angehöriger oder des Lebensgefährten für heilungsfördernde **Krankenhausbesuche** gerechnet, nämlich unvermeidbare Fahrt-, Übernachtungs- und Verpflegungsmehrkosten, sowie der mit einem solchen Besuch verbundene und anderweitig nicht aufzufangende Verdienstaussfall;<sup>449</sup> den Angehörigen selbst steht kein eigener Erstattungsanspruch aus Delikt zu (siehe aber zu möglichen Ansprüchen aus GoA § 677 Rn 33). Nicht ersatzfähig ist die vermehrte elterliche Zuwendung als solche für das verletzte Kind.<sup>450</sup> Der infolge einer Körperverletzung **entgangene Urlaubsgenuss** wird nicht als zu ersetzender Vermögensschaden angesehen – anders im Reisevertragsrecht, § 651f Abs. 2 –, wohl **168**

441 Denck, BB 1989, 1192, 1196; Otto/Schwarze, Die Haftung des Arbeitnehmers, Rn 461 ff.; Kleindiek, Delikts- haftung und juristische Person, S. 452 ff.

442 BGH NJW 1979, 864, 865; 1987, 2510, 2511; OLG Hamm NJW-RR 1999, 1324, 1325; Denck, Der Schutz des Arbeitnehmers vor der Außenhaftung, 1980, S. 54 ff.; Krause, VersR 1995, 752, 759; MüKo/Wagner, § 823 Rn 402; Lorenz/Canaris, Schuldrecht II/2, § 76 III 5 c.

443 Zur Neuregelung vgl. Katzenmeier, JZ 2002, 1029.

444 Zu Einzelheiten siehe Vorbem. zu §§ 249 ff. und die Erläuterungen zu den genannten Vorschriften.

445 OLG Celle JZ 1990, 294; dazu Canaris, JZ 1990, 679; Kuhlen, JZ 1990, 273; siehe auch LG Dessau VersR 1997, 242; dagegen Ahrens, VersR 1997, 1064. BVerfG NJW 1998, 3557 hat nicht zur Sache entschieden, weil die BGB-Regelung vorkonstitutionelles Recht darstelle.

446 Unerheblich ist die Frage der Adäquanz, wenn der betreffende Schaden vorsätzlich verursacht worden ist,

siehe BGHZ 79, 259, 262; Lange/Schiemann, Schadensersatz, § 3 VII 3 a.

447 Vgl. dazu eingehend Lange/Schiemann, Schadensersatz, § 3 VIII–X; Stoll, Kausalzusammenhang und Normzweck im Deliktsrecht, 1968; U. Huber, JZ 1969, 677; Hanau, Die Kausalität der Pflichtwidrigkeit; Herm. Lange, JZ 1976, 198; Michalski, Jura 1996, 393.

448 BGHZ 20, 137; 132, 341, 344 ff. = NJW 1996, 2425, 2426; BGHZ 137, 142, 145 = NJW 1998, 810, 811 f. = JZ 1998, 680 m. Anm. Schiemann = MDR 1998, 159 m. Anm. van Bühren; KG NZV 2003, 239; weitere Nachw. bei MüKo/Wagner, § 823 Rn 75.

449 BGH NJW 1985, 2757; 1990, 1037; aber kein Ersatz von Fortkommensschäden, BGH NJW 1991, 2340; dazu Grunsky, JuS 1991, 907; Seidel, VersR 1991, 1349.

450 BGHZ 106, 28; dazu Grunsky, JZ 1989, 345; aber auch BGH NJW 1999, 2819.

aber bei der Bemessung des Schmerzensgeldes berücksichtigt<sup>451</sup> (vgl. § 249 Rn 75). Zum Umfang der Ersatzpflicht wegen Herbeiführung einer **ungewollten Schwangerschaft** vgl. Vorbem. zu §§ 249 ff. Rn 86 ff.

- 169** Weitere Einzelfragen: Kein Ersatzanspruch des Unfallverletzten wegen früherer Pensionierung infolge einer bis zum Unfall verborgenen Krankheit.<sup>452</sup> Kein Anspruch auf Erstattung der Verteidigerkosten eines Unfallbeteiligten gegen den, der den (Verkehrs-)Unfall schuldhaft herbeigeführt hat.<sup>453</sup> Ersatzanspruch für Verlust des Schadensfreiheitsrabatts in der Kaskoversicherung, nicht aber für Rückstufungsschaden des Geschädigten in seiner Haftpflichtversicherung,<sup>454</sup> denn deren Inanspruchnahme beruht darauf, dass gegen den Geschädigten selbst Ansprüche erhoben worden sind, nicht aber auf dem von ihm erlittenen Schaden. Die Halterhaftung nach § 7 StVG umfasst auch Schäden, die von dem Fahrer vorsätzlich herbeigeführt werden.<sup>455</sup>
- 170 b) Persönlichkeitsrechtsverletzungen.** Bei Persönlichkeitsrechtsverletzungen und Schädigungen des geschäftlichen Rufs durch Massenmedien können Aufwendungen für eine zur Richtigstellung unternommene **Anzeigenaktion** zum ersatzfähigen Schaden gehören, sofern eine solche Aktion nach Lage der Dinge zur Schadensbekämpfung erforderlich ist. Soweit dem Betroffenen der Weg der Gegendarstellung offen steht, wird dies nur unter besonderen Umständen angenommen.<sup>456</sup> Ist das Persönlichkeitsrecht durch öffentliche, rufschädigende Meinungsäußerungen verletzt worden, so kann dem Verletzten als Schadensersatz ein Anspruch auf Veröffentlichung einer strafbewehrten Unterlassungserklärung zustehen, wenn eine solche Publikation zur Beseitigung noch andauernder Folgen der Äußerungen erforderlich ist.<sup>457</sup> – Zum negatorischen Rechtsschutz bei Äußerungsdelikten vgl. Vorbem. zu §§ 823 ff. Rn 84 ff.; zum Ersatz des immateriellen Schadens bei Persönlichkeitsrechtsverletzungen vgl. Rn 245 ff.
- 171 c) Verletzung von Immaterialgüterrechten.** Bei schuldhafter Verletzung von Immaterialgüterrechten (Patent-, Gebrauchs-, Geschmacksmuster-, Urheberrechte u.a.) hat der Geschädigte nach ständiger Rechtsprechung grundsätzlich die Wahl zwischen **drei verschiedenen Schadensberechnungen**:<sup>458</sup> **(1.) Ersatz des ihm i.S.d. §§ 249 ff. nachweisbar entstandenen Schadens**, insb. des ihm entgangenen Gewinns; **(2.) Zahlung einer Lizenzgebühr**, wie sie der Verletzer üblicherweise bei Abschluss eines (fiktiven) Lizenzvertrages hätte entrichten müssen. Bei dieser Lizenzanalogie gibt es keinen allgemeinen Verletzerzuschlag,<sup>459</sup> die Umstände des Einzelfalles können es aber rechtfertigen, die Vorteile der Stellung des Verletzers gegenüber der Stellung des Lizenznehmers, z.B. Abrechnung nicht in kurzen zeitlichen Abständen, sondern erst später, lizenz erhöhend zu berücksichtigen<sup>460</sup> oder einen Anspruch auf „aufgelaufene Zinsen“ zuzusprechen, insoweit auch im Rahmen des Wertersatzanspruchs gemäß § 818 Abs. 2;<sup>461</sup> **(3.) Herausgabe des vom Verletzer aufgrund des unerlaubten Eingriffs erlangten Gewinns**, wobei diese Berechnungsart keinen eigentlichen Schadensersatz darstellt, sondern sie entspricht einer Herausgabepflicht nach § 687 Abs. 2<sup>462</sup> unter Ausweitung auf den Fall fahrlässiger Eigengeschäftsführung. Das Wahlrecht zwischen den drei Berechnungsarten erlischt erst durch Erfüllung oder rechtskräftige Zuerkennung eines Anspruchs.<sup>463</sup> – Vorstehende Grundsätze sind anerkannt für die Verletzung von Urheberrechten,<sup>464</sup> Patentrechten,<sup>465</sup> Gebrauchs- und Geschmacksmusterrechten,<sup>466</sup> Markenrechten,<sup>467</sup> Firmen- und Namensrechten,<sup>468</sup> bei Wettbewerbsverstößen,<sup>469</sup> bei der Verletzung des Rechts am eigenen Bild.<sup>470</sup>
- 172** Bei schuldloser Verletzung bestehen Ansprüche auf Beseitigung der widerrechtlichen Beeinträchtigung, bei Wiederholungsgefahr auf Unterlassung (§ 97 Abs. 1 S. 1 UrhG, § 139 Abs. 1 PatG, § 15 Abs. 1 GebrMG, § 14a Abs. 1 S. 1 GeschmMG, §§ 14 Abs. 5, 128 Abs. 1 MarkenG) und es sind Ansprüche aus ungerechtfertigter Bereicherung in Betracht zu ziehen.

451 BGHZ 86, 212 = JR 1983, 494 m. Anm. Gitter.

452 BGH NJW 1968, 2287.

453 BGHZ 27, 137.

454 BGHZ 66, 398 gegen BGHZ 44, 382.

455 BGHZ 37, 311.

456 BGHZ 66, 182 = NJW 1976, 1198 m. Anm. Eschenlohr; vgl. auch BGH NJW 1979, 2197.

457 BGHZ 99, 133; Soergel/*Zeumer*, § 823 Rn 278.

458 BGHZ 57, 116, 117 ff.; 75, 366, 372 f.; 91, 20, 29; BGH NJW 1992, 2753, 2754; zu Ausnahmen vgl. BGH NJW 1995, 1420.

459 BGHZ 77, 16; Palandt/*Sprau*, § 687 Rn 7.

460 BGH NJW 1982, 1151.

461 BGH NJW 1982, 1154.

462 BGHZ 20, 253; *Tilmann*, GRUR 2003, 647.

463 BGHZ 119, 20.

464 § 97 Abs. 1 S. 2 UrhG; BGH GRUR 1959, 379, 383; in § 97 Abs. 2 UrhG auch Ersatz des Nichtvermögensschadens in Geld.

465 § 139 Abs. 2 PatG; BGH NJW 1962, 1507; *von der Osten*, GRUR 1998, 284.

466 § 15 Abs. 2 GebrMG, § 14 a Abs. 1 S. 2 GeschmMG; BGH GRUR 1963, 255 u. 640.

467 §§ 14 Abs. 6, 128 Abs. 2 MarkenG; BGHZ 99, 244; *Beuthien/Wasmann*, GRUR 1997, 255; BGHZ 34, 320 u. 44, 372 zu Warenzeichenverletzung.

468 BGHZ 60, 206.

469 BGHZ 57, 116; 60, 168; 122, 262; *Nachahmung*; BGH NJW 1977, 1062; Verletzung eines Betriebsgeheimnisses.

470 BGHZ 20, 345, 353; siehe auch BGHZ 26, 349 zum Ersatz des immateriellen Schadens.

**3. Vorteilsausgleichung.**<sup>471</sup> Hat das zum Schadensersatz verpflichtende Ereignis neben Nachteilen auch Vorteile gebracht, so stellt sich die Frage, ob diese auf den Schadensersatzanspruch anzurechnen sind (vgl. Vorbem. zu §§ 249 ff. Rn 116 ff.). Die Rechtsprechung verlangt dafür, die Anrechnung müsse dem Geschädigten zumutbar sein und dem Zweck des Schadensersatzanspruchs entsprechen, zudem dürfe sie den Schädiger nicht unbillig entlasten.<sup>472</sup> Diese Formulierung ist wenig aussagekräftig, muss daher in Fallgruppen konkretisiert werden. Die Tendenz geht eher zur Nichtanrechnung. Insbesondere sind solche Vorteile regelmäßig nicht anzurechnen, die der Geschädigte durch eigene, ihm nicht nach § 254 Abs. 2 obliegende Anstrengungen erworben hat. Regelmäßig nicht ausgeschlossen wird der Anspruch auf Schadensersatz dadurch, dass der Geschädigte wegen des Nachteils auch einen Anspruch gegen einen Dritten hat.<sup>473</sup> **173**

**4. Durchsetzung.** Dem Verletzten steht als Hilfsanspruch ein Anspruch auf **Auskunft, Rechnungslegung** zu, um den dem Grunde nach feststehenden Schadensersatzanspruch beziffern zu können.<sup>474</sup> Maßgebender Zeitpunkt für die Schadensberechnung ist die letzte mündliche Verhandlung vor Urteilsfällung (zur Rentenberechnung siehe § 843). Fehlen die nötigen Unterlagen zur Berechnung eines zu ersetzenden zukünftigen Schadens, so ist eine **Feststellungsklage** (§ 256 ZPO) zulässig. Im Prozess ist **§ 287 ZPO** (Schadensschätzung) zu beachten (vgl. Vorbem. zu §§ 249 ff. Rn 192 f.). Bei vorsätzlichen unerlaubten Handlungen bestehen Vollstreckungsvergünstigungen nach § 850f Abs. 2 ZPO, § 302 Nr. 1 InsO.<sup>475</sup> **174**

**5. Unterlassungs- und Beseitigungsansprüche (negatorischer Rechtsschutz).** Vgl. dazu Vorbem. zu §§ 823 ff. Rn 79 ff. und die Erläuterungen zu § 1004. **175**

## VII. Persönlichkeitsrecht

**Literatur:** *Baston-Vogt*, Der sachliche Schutzbereich des zivilrechtlichen allgemeinen Persönlichkeitsrechts, 1997; *Beuthien*, Was ist vermögenswert, die Persönlichkeit oder ihr Image?, NJW 2003, 1220; *Beuthien/Schmölz*, Persönlichkeitschutz durch Persönlichkeitsgüterrechte, 1999; *Bölke*, Kritik an Macht ist schutzbedürftig – Wann wird Kritik zu Schmähung?, NJW 2004, 2352; *Canaris*, Grundrechte und Privatrecht, AcP 184 (1984), 201; *Canaris*, Grundrechte und Privatrecht, 1998; *Ehmann*, Informationsschutz und Informationsverkehr im Zivilrecht, AcP 188 (1988), 230; *Ehmann*, Zur Struktur des Allgemeinen Persönlichkeitsrechts, JuS 1997, 193; *Ehmann*, Das Allgemeine Persönlichkeitsrecht, in: 50 Jahre BGH, Festgabe aus der Wiss., Bd. 1, 2000, S. 613; *Forkel*, Zur systematischen Erfassung und Abgrenzung des Persönlichkeitsrechts auf Individualität, in: FS Hubmann 1985, S. 93; *Geis*, Der Kernbereich des Persönlichkeitsrechts, JZ 1991, 112; *Götting*, Persönlichkeitsrechte als Vermögensrechte, 1995; *J. Hager*, Grundrechte im Privatrecht, JZ 1994, 373; *J. Hager*, Der Schutz der Ehre im Zivilrecht, AcP 196 (1996), 168; *Heldrich*, Persönlichkeitsschutz und Pressefreiheit nach der Europäischen Menschenrechtskonvention, NJW 2004, 2634; *J. Helle*, Besondere Persönlichkeitsrechte im Privatrecht, 1991; *Hubmann*, Das Persönlichkeitsrecht, 2. Auflage 1967; *Hubmann*, Inhalt und Abgrenzung des zivilrechtlichen allgemeinen Persönlichkeitsrechts, in: FS Schwab 1990, S. 3; *G. Müller*, Möglichkeiten und Grenzen des Persönlichkeitsrechts, VersR 2000, 797; *Paschke/Busch*, Hinter den Kulissen des medienrechtlichen Rückrufanspruchs, NJW 2004, 2620; *Peifer*, Individualität im Zivilrecht, 2001; *Schlechtriem*, Inhalt und systematischer Standort des allgemeinen Persönlichkeitsrechts, DRiZ 1975, 65; *P. Schwerdtner*, Das Persönlichkeitsrecht in der deutschen Zivilrechtsordnung, 1977; *Seyfahrt*, Der Einfluss des Verfassungsrechts auf zivilrechtliche Ehrensatzklagen, NJW 1999, 1287; *Siemes*, Gewinnabschöpfung bei Zwangskommerzialisierung der Persönlichkeit durch die Presse, AcP 201 (2001), 202; *Steindorff*, Persönlichkeitschutz im Zivilrecht, 1983; *Stürmer*, Die verlorene Ehre des Bundesbürgers – Bessere Spielregeln für die öffentliche Meinungsbildung?, JZ 1994, 865; *G. Wagner*, Geldersatz für Persönlichkeitsrechtsverletzungen, ZEuP 2000, 200; *G. Wagner*, Prominente und Normalbürger im Recht der Persönlichkeitsverletzungen, VersR 2001, 1305; *Wenzel* (Begr.), Das Recht der Wort- und Bildberichterstattung, 5. Auflage 2003; *Westermann*, Geldentschädigung bei Persönlichkeitsrechtsverletzung, Symposium Canaris, 1998. **176**

**Kommentierungen:** Erman/*Ehmann*, Anh. zu § 12; Staudinger/*J. Hager*, § 823 C.; MüKo/*Rixecker*, Anh. § 12.

**1. Grundlagen. a) Ausgangslage.** Der Gesetzgeber des BGB hat die Persönlichkeit **nicht** als Schutzgut des Abs. 1 **normiert**. Selbst die Ehre verstand er nicht als absolutes Recht. Der Schutz durch Abs. 2 i. V. m. §§ 185 ff. StGB sowie in besonders krassen Fällen durch § 826 erschien ihm ausreichend.<sup>476</sup> Einige Sondervorschriften gewähren einen partiellen Schutz (z.B. § 12: Namensrecht; §§ 22 ff. KURhG: Recht am eigenen Bild). Angesichts eines **vertieften Verständnisses von Bedeutung und Schutzbedürftigkeit der Person** einerseits, der **gesteigerten Verletzungsmöglichkeiten** infolge neuer Technologien (Abhörgeräte, Spezialekameras, Datenspeicherung etc.) andererseits, hat sich dieser enumerative Schutz einzelner Persönlichkeitsgüter jedoch als zu eng und unzureichend erwiesen. **177**

471 Lit.: *Herm. Lange*, JuS 1978, 649; *Müller-Laube*, JZ 1991, 162; monographisch: *Wendehorst*, Anspruch und Ausgleich, 1999; *Rothenfüßer*, Kausalität und Nachteil, 2003.

472 BGHZ 8, 325, 329 f.; 10, 107, 108; 49, 56, 62. Vor- und Nachteile müssten „gewissermaßen zu einer Rechnungs-

einheit verbunden sein“, BGH VersR 1989, 592, 593; NJW 1997, 2378; dazu *Herm. Lange*, JZ 1998, 98.

473 BGH WM 1972, 560.

474 BGH NJW 1962, 731; 1986, 1245; 1990, 1358.

475 *Sturm*, JurBüro 2003, 116.

476 Prot. II, S. 2774 = Mugdan II, S. 1077.

- 178 b) Entwicklung.** Die Rechtsprechung hat daher seit der „Leserbrief“-Entscheidung aus dem Jahre 1954 unmittelbar aus Art. 1 und Art. 2 Abs. 1 GG einen umfassenden zivilrechtlichen Persönlichkeitsschutz entwickelt.<sup>477</sup> Notwendig erschien, über die Einzeltatbestände hinaus von einem „Recht des einzelnen gegenüber jedermann auf Achtung seiner Menschenwürde und Entfaltung seiner individuellen Persönlichkeit“<sup>478</sup> auszugehen, das den Einzelnen vor ungerechtfertigten Beeinträchtigungen und Verletzungen seiner gesamten körperlichen und seelischen Integrität, seines privaten Lebensbereichs, seiner Möglichkeiten der Selbstdarstellung und Selbstverwirklichung zu schützen vermag. Das „**allgemeine Persönlichkeitsrecht**“ bildet heute trotz der systematisch zweifelhaften Ableitung einen „festen Bestandteil unserer Privatrechtsordnung“.<sup>479</sup> Der BGH hat dieses weit über die einzelnen absoluten Rechte hinausgehende Recht als „**sonstiges Recht**“ i.S.d. Abs. 1 qualifiziert.<sup>480</sup>
- 179 c) Konkretisierung.** Bei dem Allgemeinen Persönlichkeitsrecht handelt es sich um ein Recht von generalklauselartiger Weite (sog. „**Rahmenrecht**“).<sup>481</sup> Der Schutzbereich lässt sich schwerlich durch eine begriffliche Definition festlegen. Die notwendige **inhaltliche Konkretisierung** erfolgt stattdessen durch die Anlagerung neuer Sachverhalte an den vorhandenen Bestand positiver Entscheidungen, die wertende Abscheidung im Einzelfall und somit Herausbildung typischer **Fallgruppen**.<sup>482</sup>
- 180** Wegen der generalklauselartigen Weite des Rechts versagt das Modell der Rechtswidrigkeitsindikation durch Tatbestandsverwirklichung (siehe Rn 95). Vielmehr lässt sich eine tatbestandsmäßige und rechtswidrige Verletzung nur anhand einer **Interessen- und Güterabwägung im Einzelfall** feststellen (siehe Rn 191 ff.).<sup>483</sup>
- 181 d) Konkurrenzen.** Nach zutreffender Ansicht entfalten die Regelungen besonderer Persönlichkeitsrechte keine Sperrwirkung gegenüber einem Anspruch wegen Verletzung des Allgemeinen Persönlichkeitsrechts.<sup>484</sup> So kann etwa neben §§ 22 f. KURhG<sup>485</sup> oder auch neben dem BDSG<sup>486</sup> auf Abs. 1 zurückgegriffen und daraus eine weitergehende Rechtsfolge abgeleitet werden.<sup>487</sup>
- 182 e) Rechtsträger. aa) Natürliche Personen.** Der Schutz des Allgemeinen Persönlichkeitsrechts steht allen natürlichen Personen zu, unabhängig von Geschlecht, Nationalität, Alter, intellektuellen Fähigkeiten und dergleichen, mithin auch etwa Kindern, unabhängig davon, ob sie sich ihrer Persönlichkeit bewusst sind oder die Verletzung als solche empfinden.<sup>488</sup>
- 183 (1) Geschützte Sphären.** Der traditionelle Ansatz für die Bestimmung des Schutzes gegenüber einem unerlaubten Eindringen in den persönlichen Bereich liegt in der **Unterscheidung** zwischen Individual-, Privat- und Intimsphäre.<sup>489</sup> – Die **Individualsphäre** (auch Sozialsphäre genannt) erfasst das Selbstbestimmungsrecht und die Ausstrahlungen der Persönlichkeit des Einzelnen in seinem öffentlichen, wirtschaftlichen, beruflichen Wirken. – Die **Privatsphäre** betrifft vornehmlich den familiären und häuslichen Bereich, ist hierauf aber nicht beschränkt. Darunter fällt auch der außerhäusliche Bereich, wenn sich der Betroffene in eine örtliche Abgeschiedenheit zurückgezogen hat, in der er objektiv erkennbar für sich allein sein will und in der er sich in der konkreten Situation im Vertrauen auf die Abgeschiedenheit so verhält, wie er es in der breiten Öffentlichkeit nicht tun würde.<sup>490</sup> Bei Kindern umfasst die Privatsphäre auch die kindgemäße Entfaltung in öffentlichen Räumen, die durch Medienberichterstattung besonders empfindlich gestört werden kann.<sup>491</sup> Der Persönlichkeitschutz der Eltern im familiären Umgang mit und in der spezifischen Hinwendung zu den Kindern wird durch Art. 6 Abs. 1 und 2 GG verstärkt.<sup>492</sup> – Die **Intimsphäre** bezeichnet die innere Gedanken- und Gefühlswelt mit ihren

477 BGHZ 13, 334. Krit. zu der verfassungsrechtlichen Ableitung etwa *Larenz/Canaris*, Schuldrecht II/2, § 80 I 3; näher *Canaris*, AcP 184 (1984), 201, 231 f.; abw. *Staudinger/Hager*, § 823 Rn C 3 ff. m.w.N. – Auch BVerfG NJW 2001, 594 stellt klar, dass die Schutzwirkung im Privatrechtsverkehr nicht gleichzusetzen ist mit dem aus Art. 1 GG resultierenden Schutz der Menschenwürde.

478 BGHZ 24, 72, 76; 27, 284, 286.

479 BVerfGE 34, 281.

480 Grundlegend BGHZ 13, 334, 338; seitdem st. Rspr., vgl. etwa BGHZ 26, 349; 30, 7; 35, 363; 73, 120; 128, 1; 131, 332; 143, 214; zu der Rspr. *G. Müller*, VersR 2000, 797 ff.; aus der Lit. vgl. nur etwa *Larenz/Canaris*, Schuldrecht II/2, § 80; *Ehmann*, in: FS 50 Jahre BGH, Bd. I 2000, S. 613 ff.

481 Begriff nach *Fikentscher*, Schuldrecht, § 103 II 2.

482 Vgl. statt aller *Staudinger/Hager*, § 823 Rn C 16, C 63 ff.; krit. *Soergel/Zeuner*, § 823 Rn 72.

483 Seit BGHZ 13, 334, 338 st. Rspr.; vgl. etwa BGHZ 24, 72, 80; 31, 308, 312; 45, 296, 307; 50, 133, 143; 128, 1, 10; 156, 206, 210 = NJW 2004, 596; BGH NJW 2004, 762, 763; auch BVerfGE 101, 361, 388; BVerfG NJW

2002, 3767, 3768; *Palandt/Sprau*, § 823 Rn 95; *Bamberger/Roth/Bamberger*, Anh. zu § 823 Rn 55; krit. *Larenz/Canaris*, Schuldrecht II/2, § 80 II vor 1.

484 *Larenz/Canaris*, Schuldrecht II/2, § 80 I 6; *Staudinger/Hager*, § 823 Rn C 149; abw. *Jauernig/Teichmann*, § 823 Rn 69.

485 Vgl. BGHZ 24, 200, 204; BGH NJW 1974, 1947, 1948.

486 Offen gelassen von BGHZ 80, 311, 319; 91, 233, 237 f.

487 Vgl. BGHZ 95, 212, 214 zur Entschädigung immaterieller Einbußen auch bei einer Verletzung nur der §§ 22 f. KURhG.

488 BGHZ 120, 29, 35; *Staudinger/Hager*, § 823 Rn C 19.

489 Vgl. dazu etwa BVerfGE 54, 148, 154; BGHZ 98, 32, 36 f.; *Geis*, JZ 1991, 112 ff.; *Palandt/Sprau*, § 823 Rn 87; primär auf die Art der Informationserlangung abstellend *Larenz/Canaris*, Schuldrecht II/2, § 80 II 4 a.

490 BVerfG NJW 2000, 1021, 1022; BGH NJW 1996, 1128; zum Schutz von Personen der Zeitgeschichte auch BGHZ 131, 332, 338 ff.; BGH NJW 2004, 762, 763.

491 BVerfG NJW 2000, 2191; 2003, 3263; BGH NJW 2004, 1795.

492 BVerfG NJW 2000, 1021, 1026.

äußeren Erscheinungsformen wie z.B. vertrauliche Briefe oder Tagebuchaufzeichnungen. Zudem werden Angelegenheiten erfasst, für die ihrer Natur nach ein Anspruch auf Geheimhaltung besteht, wie etwa der Gesundheitszustand<sup>493</sup> oder Einzelheiten über das Sexualleben.<sup>494</sup> Die Intimsphäre genießt grundsätzlich absoluten Schutz,<sup>495</sup> so dass bei ihrer Verletzung die Rechtswidrigkeit indiziert ist.

**(2) Zeitspanne. (a) Pränataler Schutz.** Auch der Nasciturus ist Träger des Allgemeinen Persönlichkeitsrechts<sup>496</sup> (zu Ansprüchen wegen Körper- oder Gesundheitsschädigungen vgl. Rn 23). Allerdings kann sich das Persönlichkeitsrecht des ungeborenen Kindes nicht gegen dasjenige seiner Mutter durchsetzen.<sup>497</sup> Verletzungen, denkbar etwa bei Manipulationen am Genmaterial, führen erst mit Vollendung der Geburt zu Schadensersatzansprüchen.<sup>498</sup> 184

**(b) Postmortaler Schutz.** Der Persönlichkeitsschutz überdauert den Tod.<sup>499</sup> Die h.M. stützt ihren Standpunkt auf das Schutzgebot des Art. 1 Abs. 1 GG, während Art. 2 Abs. 1 GG nicht mehr tangiert sein soll, da er die Existenz einer wenigstens potenziell oder zukünftig handlungsfähigen Person als unabdingbar voraussetzt.<sup>500</sup> Der postmortale Schutz ist notwendig, um das Persönlichkeitsrecht des Lebenden abzusichern. Es dient seiner Entfaltung, wenn er nicht gewärtigen muss, dass nach seinem Tod Würde und Person schutzlos sind.<sup>501</sup> Freilich genießt der Verstorbene einen reduzierten und im Laufe der Zeit abnehmenden Schutz.<sup>502</sup> **Umfang und Dauer** lassen sich nicht generell bestimmen, sondern sind anhand der Einzelumstände zu ermitteln, wobei Art und Intensität des Eingriffs sowie Bekanntheitsgrad und Bedeutung des Betroffenen oder etwa seines Wirkens besondere Bedeutung zukommen. Das Schutzbedürfnis schwindet in dem Maße, in dem die Erinnerung an den Verstorbenen verblasst.<sup>503</sup> 185

Soweit das Persönlichkeitsrecht dem Schutz **ideeller Interessen** dient, ist es als höchstpersönliches Recht nicht übertragbar und **nicht vererblich**.<sup>504</sup> Zur Wahrnehmung befugt sind daher bei seiner Verletzung nicht automatisch die Erben, sondern diejenigen Personen, die der Verstorbene zu Lebzeiten berufen hat, hilfsweise seine nahen Angehörigen.<sup>505</sup> Diese können Unterlassungs-, Beseitigungs- oder Widerrufsansprüche geltend machen,<sup>506</sup> nicht jedoch Geldentschädigung verlangen, den Interessen des Verstorbenen kann mit einem Schmerzensgeld nicht mehr entsprochen werden, vor allem ist eine Genugtuung zu seinen Gunsten nicht mehr möglich.<sup>507</sup> 186

Neben den ideellen sind **vermögenswerte Bestandteile** des Persönlichkeitsrechts, etwa an der Verwertung des Namens oder Bildnisses, anerkannt.<sup>508</sup> Sie sind **vererblich**, da anderenfalls kein wirkungsvoller postmortaler Schutz gewährleistet wäre.<sup>509</sup> Die entsprechenden Befugnisse werden von den Erben unter Berücksichtigung des ausdrücklichen oder mutmaßlichen Willens des Verstorbenen ausgeübt. Der Schutz der vermögenswerten Bestandteile geht dabei zeitlich in der Regel nicht über den Schutz der ideellen Interessen hinaus.<sup>510</sup> Die Erben können denjenigen, der die vermögenswerten Bestandteile des Persönlichkeitsrechts schuldhaft verletzt, nicht nur 187

493 BGH Ufita 52, 208.

494 BGH NJW 1988, 1984; 1999, 2893.

495 BGHZ 73, 120, 124 (obiter); BGH NJW 1988, 1984, 1985; 1999, 2893.

496 *Taupitz*, JZ 1992, 1089, 1094; Palandt/*Sprau*, § 823 Rn 88; Staudinger/*Hager*, § 823 Rn C 19 m.w.N. auch zur abw. Ansicht.

497 *Taupitz*, JZ 1992, 1089, 1094; Staudinger/*Hager*, § 823 Rn C 19.

498 BGHZ 58, 48; *Taupitz*, JZ 1992, 1089. Zum Schutz der Menschenwürde bei der Entnahme fötalen Gewebes vgl. *Harks*, NJW 2002, 716.

499 BVerfGE 30, 173, 194 – Mephisto; BVerfG NJW 1993, 1462; BGHZ 15, 249, 259 – Cosima Wagner; 50, 133, 136 ff. – Mephisto; 107, 384, 391 – Emil Nolde; BGH NJW 1996, 593, 594 u. BVerfG NJW 2001, 594 – „Abschiedsmedaille“ Willy Brandt; OLG München OLGR 2004, 159 – behauptete Nazi-Umtriebe; *Larenz/Canaris*, Schuldrecht II/2, § 80 VI 1 b; Staudinger/*Hager*, § 823 Rn C 34; Erman/*Ehmann*, Anh. zu § 12 Rn 93; *Seifert*, NJW 1999, 1889; *Bender*, VersR 2001, 815; *Pabst*, NJW 2002, 999; a.A. *Westermann*, FamRZ 1969, 563 ff.; *A. Stein*, FamRZ 1986, 8 f.

500 BVerfGE 30, 173, 194; BVerfG NJW 2001, 2957; *Larenz/Canaris*, Schuldrecht II/2, § 80 VI 1 b.

501 BGHZ 50, 133, 138 ff.; OLG München NJW-RR 1994, 925; Erman/*Ehmann*, Anh. zu § 12 Rn 95.

502 BGHZ 50, 133, 136 f., 140; 107, 384, 392 f.; OLG München NJW-RR 1990, 1365, 1367; Staudinger/*Hager*, § 823 Rn C 45 f.

503 BGHZ 107, 384, 392 f.: Werkschutz eines bekannten Künstlers auch 30 Jahre nach seinem Tod; BGH NJW 1996, 593 u. BVerfG NJW 2001, 594: „Abschiedsmedaille“ Willy Brandt; OLG Köln NJW 1999, 1969; Wahlspotwerbung mit grober Entstellung des Lebensbildes von Altbundeskanzler Adenauer; weitere Nachw. bei Staudinger/*Hager*, § 823 Rn C 42 ff., C 45 ff.

504 BGHZ 50, 133, 137; OLG München BB 1997, 1971, 1972.

505 BGHZ 50, 133, 140; 107, 384, 389; Staudinger/*Hager*, § 823 Rn C 40, zur rechtsdogmatischen Konstruktion (Analogie zu §§ 22 f. KunstUrhG; § 83 Abs. 3 UrhG) Rn C 38 ff.

506 *Larenz/Canaris*, Schuldrecht II/2, § 80 VI 4 a; Staudinger/*Hager*, § 823 Rn C 47.

507 BGH NJW 1974, 1371; KG KG-Report 1997, 124, 127; *Heldrich*, in: FS Heinrich Lange 1970, S. 163, 174 f.; *Schack*, GRUR 1985, 352, 358.

508 BGHZ 143, 214, 217 ff. – Marlene Dietrich = NJW 2000, 2195 = JZ 2000, 1056 m. Anm. *Schack* = GRUR 2000, 709 m. Anm. *Wagner*; BGH NJW 2000, 2201 – Der blaue Engel; BGHZ 151, 26, 29 = NJW 2002, 2317, 2318; OLG München VersR 2003, 778, 779; *Wagner*, VersR 2000, 1305, 1307; *Götting*, NJW 2001, 585 ff.; *Bender*, VersR 2001, 815; Staudinger/*Schmidt*, Jura 2000, 241.

509 BGHZ 143, 214, 220 = NJW 2000, 2195; BGH NJW 2000, 2201.

510 BGHZ 143, 214, 227 f. = NJW 2000, 2195, 2197; 2000, 2201; 2002, 2317.

auf Unterlassung oder Widerruf, sondern auch auf Schadensersatz in Anspruch nehmen.<sup>511</sup> Ein Schadensersatzanspruch scheidet jedoch aus, wenn ein von dem Verstorbenen bestellter Vertreter in den Eingriff einwilligt.<sup>512</sup> Der Schutz von Würde und Ansehen des Verstorbenen ist grundsätzlich vom Schutz eigener Persönlichkeitsrechte der Angehörigen oder sonstigen Wahrnehmungsbefugten zu unterscheiden.<sup>513</sup>

- 188** Als Teil des postmortalen Persönlichkeitsrechts wird auch die Integrität des **Leichnams** geschützt<sup>514</sup> und damit etwa die Entscheidung über eine Organentnahme zum Zwecke der Transplantation, die im Transplantationsgesetz geregelt ist.<sup>515</sup> Abzustellen ist hiernach vorrangig auf den Willen des Verstorbenen (§ 3 Abs. 1 Nr. 1, Abs. 2 Nr. 1 TPG), hilfsweise auf denjenigen der Angehörigen (§ 4 Abs. 1 S. 1, Abs. 2 TPG). Die Zuerkennung eines Entschädigungsanspruchs wird bei derartigen Rechtsverletzungen abgelehnt,<sup>516</sup> da sie einer bedenklichen Kommerzialisierung der erteilten oder verweigerten Einwilligung Vorschub leisten würde.<sup>517</sup>
- 189** **bb) Verbände, Gemeinschaften.** Juristische Personen, Personengesellschaften des Handelsrechts und nichtrechtsfähige Vereine genießen Persönlichkeitschutz in einem Umfang, der durch ihr Wesen als Zweckerschöpfung des Rechts, ihre satzungsgemäße Funktionen und ihre soziale Wertgeltung beschränkt wird.<sup>518</sup> Das gilt z.B. für den Namensschutz, soweit dieser nicht ohnehin schon nach § 12 BGB, § 6 UWG gewährleistet ist, und den Ehrschutz.<sup>519</sup> Der soziale Geltungsanspruch ist etwa betroffen, wenn ein Verband in seiner Funktion als Wirtschaftsunternehmen oder Arbeitgeber attackiert wird.<sup>520</sup> Ersatz immateriellen Schadens kommt allerdings von vornherein nicht in Betracht, da ein Personenverband kein Genußungsinteresse haben kann.<sup>521</sup>
- 190** **f) Anspruchsgegner.** Der Anspruch richtet sich gegen denjenigen, der zum Nachteil des Verletzten in eine der vorgenannten Sphären eingreift. Für Verrichtungsgehilfen wird nach § 831 gehaftet, für Organe nach § 31.<sup>522</sup> Die Verletzungshandlung kann im Verbreiten der Äußerung eines Dritten liegen, wenn eine eigene und ernsthafte Distanzierung des Verbreitenden fehlt.<sup>523</sup> Auch eine mittelbare Beeinträchtigung genügt. So haftet z.B. bei Information der Presse der Informant für eine das Persönlichkeitsrecht verletzende Presseberichterstattung, wenn er durch seine Information die Verletzungshandlung veranlasst hat.<sup>524</sup> Außerdem gibt es Verkehrspflichten zur Verhinderung von Persönlichkeitsverletzungen. Eine solche kann etwa den verantwortlichen Redakteur auch für Beiträge treffen, die er weder verfasst noch redigiert hat.<sup>525</sup> Herausgeber und Verleger können bei besonders brisanten Publikationen darüber hinaus verpflichtet sein, einen Sachverständigen zur Überprüfung des Wahrheitsgehalts einzuschalten, anderenfalls haften, weil sie Beeinträchtigungen durch Handlungen Dritter nicht verhindert haben.<sup>526</sup> Sind mehrere Störer beteiligt, so sind sie alle verantwortlich, ohne dass es auf die Art oder den Umfang des Tatbeitrages oder auf das Interesse der einzelnen Beteiligten ankäme.<sup>527</sup> Mehrere Täter haften auf Schadensersatz gesamtschuldnerisch, Unterlassung kann aber nur hinsichtlich des jeweils eigenen Tatbeitrags verlangt werden.<sup>528</sup>
- 191** **2. Rechtswidrige Beeinträchtigung.** Aus der Anerkennung des Allgemeinen Persönlichkeitsrechts als „sonstiges Recht“ ergibt sich noch nicht, unter welchen Voraussetzungen eine rechtswidrige Verletzung dieses Rechts anzunehmen ist. Dass ein bestimmtes Verhalten zur Beeinträchtigung persönlichkeitsbezogener Belange geführt hat, genügt hierzu noch nicht. Erforderlich ist vielmehr jeweils eine sorgfältige Würdigung der **Umstände des Einzelfalls**, die insbesondere am Prinzip der **Güter- und Interessenabwägung** auszurichten ist.<sup>529</sup>
- 192** **a) Abwägungskriterien.** Bei der Abwägung sind vornehmlich folgende Umstände zu berücksichtigen:

511 BGHZ 143, 214, 219 ff. = NJW 2000, 2195.

512 OLG München NJW 2002, 305.

513 BGHZ 50, 133, 137 f.; BGH NJW 1974, 1371.

514 Palandt/Sprau, § 823 Rn 90; zum Totenfürsorgerecht im Fall einer Obduktion siehe OLG Karlsruhe NJW 2001, 2808 f.

515 TPG v. 5.11.1997 (BGBl I S. 2631).

516 BGH NJW 1974, 1371; Staudinger/Hager, § 823 Rn C 44.

517 Palandt/Sprau, § 823 Rn 90.

518 BGHZ 81, 75, 78; OLG Köln NJW-RR 2001, 1486; zu politischen Parteien OLG München NJW 1996, 2515.

519 BGHZ 78, 24, 25; 98, 94, 97; BGH NJW 1975, 1882, 1884; 1981, 2117, 2119; krit. Klippel, JZ 1988, 625, 631. Nach OLG München NJW-RR 2002, 186 kann eine juristische Person in ihrem Persönlichkeitsrecht auch durch Angriff auf die Ehre ihres Präsidenten verletzt sein.

520 BVerfG NJW 1994, 1784; BGHZ 98, 94, 97 (einschr. auf kommerzielle Gesichtspunkte, dazu krit. Baumgärtel, JZ 1986, 1110); BGH NJW 1975, 1882, 1884; 1994, 1281, 1282; KG NJW 2000, 2210.

521 BGHZ 78, 24, 28; *Larenz/Canaris*, Schuldrecht II/2, § 80 IV 1 a.

522 BGHZ 3, 270, 275.

523 BVerfG NJW 2004, 590; BGH NJW 2003, 1308, 1311.

524 BGHZ 50, 1, 3 (zu § 1 UWG a.F.); BGH NJW 1973, 1460; Staudinger/Hager, § 823 Rn C 56.

525 BGH NJW 1974, 1762; 1977, 626, 627; KG NJW 1991, 1490, 1491; *Larenz/Canaris*, Schuldrecht II/2, § 80 IV 2; Staudinger/Hager, § 823 Rn C 54.

526 BGH NJW 1980, 2810, 2811; näher Staudinger/Hager, § 823 Rn C 53.

527 BGH NJW 1976, 799, 800; 1986, 2503, 2504; 2004, 762, 765; OLG Koblenz NJW 1992, 1330, 1331.

528 Staudinger/Hager, § 823 Rn C 62; Erman/Ehmann, Anh. zu § 12 Rn 441.

529 Seit BGHZ 13, 334, 338 st. Rspr.; vgl. etwa BGHZ 24, 72, 80; 31, 308, 312; 45, 296, 307; 50, 133, 143; 128, 1, 10; Palandt/Sprau, § 823 Rn 95; krit. *Larenz/Canaris*, Schuldrecht II/2, § 80 II vor 1.

**aa) Auf Seiten des Beeinträchtigten. (1) Schwere des Eingriffs.** Stets von Bedeutung ist die Schwere des Eingriffs und seiner Folgen. Sie fließt nicht nur in den Abwägungsprozess ein, sondern stellt auf der Rechtsfolgenreihe auch einen Bemessungsfaktor für die Geldentschädigung dar (vgl. Rn 248). Bei einem Eindringen in den persönlichen Bereich ist zu berücksichtigen, in **welche Sphäre** der Persönlichkeit (Unterscheidung in Rn 183) eingegriffen wurde. Die **Intimsphäre** genießt absoluten Schutz,<sup>530</sup> sie ist einer öffentlichen Darstellung ganz verschlossen. Auch in der **Privatsphäre** bleibt es grundsätzlich dem Betroffenen vorbehalten, welcher Öffentlichkeit er sich in seiner Persönlichkeit darstellt.<sup>531</sup> Ein Eingriff in die Privatsphäre kann nach dem Prinzip der Güter- und Interessenabwägung befugt sein, wenn die wahrheitsgemäße Aufklärung über Vorgänge aus dem privaten Lebensbereich einer Person aus besonderen Gründen für die Allgemeinheit von Bedeutung ist.<sup>532</sup> Keinen so weitgehenden Schutz genießt die **Individualsphäre**, insbesondere die Betätigung im öffentlichen, politischen, wirtschaftlichen Leben.<sup>533</sup> Nach Auffassung des BGH können auch Informationen, die ein Mitarbeiter durch Einschleichen in den beruflichen Tätigkeitskreis des Betroffenen hat, ohne Verletzung des Persönlichkeitsrechts veröffentlicht werden.<sup>534</sup>

193

**(2) Eigenes Verhalten des Betroffenen.** Berücksichtigung finden kann das eigene Verhalten des Betroffenen, das dem Eingriff vorausgeht. So muss etwa derjenige, der in Fragen der politischen Haltung eine gezielte Einflussnahme versucht, das Risiko offener Kritik in scharfer Form auf sich nehmen.<sup>535</sup> Wer im politischen Meinungskampf auftritt, muss scharfe, abwertende Kritik seiner Ziele und Polemik gegen seine Person hinnehmen,<sup>536</sup> insbesondere wenn sie ein adäquates Mittel zur Abwehr eines beabsichtigten grundrechtsgefährdenden Verhaltens sind.<sup>537</sup> Wer im geistigen Meinungskampf schwerwiegende Vorwürfe erhebt oder sonst herausfordert, muss sich einen scharfen und drastischen „Rückschlag“ gefallen lassen.<sup>538</sup> Derjenige, der die Veröffentlichung von Informationen über seine Privatsphäre billigt oder fördert, ist ebenfalls weniger schutzwürdig.<sup>539</sup>

194

**bb) Auf Seiten des Eingreifenden. (1) Verfolgter Zweck, eingesetzte Mittel.** In die Abwägung einzustellen sind die **Motive** des Eingreifenden, der verfolgte **Zweck** des Eingriffs, das eingesetzte **Mittel** sowie **Art und Weise** des Eingriffs. Es muss ein vertretbares Verhältnis bestehen zwischen dem erstrebten Zweck und der Beeinträchtigung des Betroffenen.<sup>540</sup>

195

Äußerungen innerhalb besonders geschützter Sphären können nicht als rechtswidrig angesehen werden, sie lösen keine Unterlassungs- oder Widerrufsansprüche aus. Dies gilt bei Äußerungen im engsten Familien-<sup>541</sup> oder Freundeskreis<sup>542</sup> und in wegen ihrer besonderen Vertraulichkeit gesetzlich geschützten Beziehungen.<sup>543</sup>

196

**(2) Spezielle Rechtfertigungsgründe.** Zu prüfen ist vor allem, ob spezielle Rechtfertigungsgründe eine rechtswidrige Verletzung des Allgemeinen Persönlichkeitsrechts ausschließen (z.B. § 193 StGB, §§ 32, 34 StGB) oder ob der Eingriff durch **Grundrechte** des Eingreifenden gedeckt ist. Besondere Bedeutung erlangen das Recht der freien Meinungsäußerung (Art. 5 Abs. 1 S. 1 GG), die Pressefreiheit (Art. 5 Abs. 1 S. 2 GG) sowie die Kunstfreiheit (Art. 5 Abs. 3 GG).<sup>544</sup>

197

**(3) Meinungsfreiheit, Pressefreiheit. (a) Recht der freien Meinungsäußerung.** Kollidieren das Recht der freien Meinungsäußerung und das Allgemeine Persönlichkeitsrecht miteinander, so genießt keiner der beiden Verfassungswerte grundsätzlichen Vorrang vor dem anderen, vielmehr sind die schutzwürdigen Positionen im Einzelfall sorgfältig gegeneinander abzuwägen. Es muss der Schutzbereich der zu beachtenden Grundrechte richtig bestimmt und ihr Gewicht zutreffend eingeschätzt werden.<sup>545</sup> Durch Art. 5 Abs. 1 S. 1 GG werden im Ausgangspunkt nicht nur Werturteile geschützt, sondern auch Tatsachenbehauptungen, wenn und soweit sie meinungsbezo-

198

530 BGH NJW 1988, 1984.

531 BGH NJW 1981, 1366.

532 BGH NJW 1964, 1471; OLG Celle NJW-RR 1999, 1477.

533 BVerfGE 7, 198; BGHZ 45, 296; BGH NJW-RR 1995, 301.

534 So BGHZ 80, 25; Palandt/Sprau, § 823 Rn 98: bedenkliche Rspr.

535 BGHZ 31, 308, 314.

536 BVerfG NJW 1961, 819; BGH NJW 1965, 1476.

537 BVerfG NJW 1969, 227.

538 BGHZ 45, 296, 309; Palandt/Sprau, § 823 Rn 98; näher dazu Staudinger/Hager, § 823 Rn C 109.

539 BGH NJW 2004, 766.

540 BGHZ 31, 308, 313; 36, 77, 82; OLG München OLGR 2004, 767: verdeckte Recherche.

541 Unter Umständen auch noch nach geschiedener Ehe OLG Düsseldorf NJW 1974, 1250; siehe auch BVerfG NJW 1995, 1015: Brief von Strafgefangenem.

542 OLG Koblenz NJW-RR 1989, 1195.

543 Etwa zwischen Arzt und Patient, Rechtsanwalt und Mandant, vgl. BGH NJW 1984, 1104; siehe auch § 203 StGB, § 53 StPO.

544 Art. 5 GG kann eine Beeinträchtigung des Persönlichkeitsrechts, nicht jedoch eine Verletzung der Menschenwürde rechtfertigen, BVerfG NJW 2001, 494 und 2957 – Die Grundrechte aus Art. 5 Abs. 1 GG finden eine Schranke in den allg. Gesetzen, z.B. § 185 StGB (BVerfG NJW 2001, 3613), §§ 22 f. KURhG (BVerfG NJW 2002, 3767) – Nachfolgende Grundsätze gelten auch für das Grundrecht der Religionsfreiheit, Art. 4 GG, wobei bei öffentlichen Religionsgemeinschaften deren besondere Verantwortung gegenüber der Öffentlichkeit zu berücksichtigen ist, BGH NJW 2003, 1308: Äußerung eines Sektenbeauftragten.

545 BVerfG NJW 2001, 1921.